

**Bürgerkomitee Leipzig e.V.**

für die Auflösung der ehemaligen  
Staatssicherheit (MfS)



**Träger der Gedenkstätte**

Museum in der „Runden Ecke“ mit  
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig  
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig  
Tel.: 0341 / 9 61 24 43  
Fax: 0341 / 9 61 24 99  
Internet: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)  
E-mail: [mail@runde-ecke-leipzig.de](mailto:mail@runde-ecke-leipzig.de)

## **RESÜMEE**

Leipzig, den 02.07.2005

Unser Zeichen: resümee freiheit kostet sicherheit

### **Freiheit kostet Sicherheit. Wie viel Überwachung verträgt die Demokratie?" - Podiumsdiskussion in der "Runden Ecke" am 1. Juli 2005**

Gisela Kallenbach kann noch heute den vollständigen Briefverkehr ihrer Familie – einschließlich Glückwunschkarten zu Geburtstagen und anderen freudigen Anlässen – nachvollziehen. Nicht, weil sie über ein lückenloses Privatarchiv verfügen würde, sondern weil das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sämtliche Post kopiert hatte. Die Leipzigerin, heute Mitglied des Europäischen Parlaments, wurde im Rahmen einer so genannten Operativen Personenkontrolle überwacht. Die momentane Aufrüstung der Sicherheitsgesetze bereitet ihr deshalb manchmal ein mulmiges Gefühl.

Gisela Kallenbach gehörte zu den Teilnehmern der Podiumsdiskussion „Freiheit kostet Sicherheit. Wie viel Überwachung verträgt die Demokratie?“ am 01.07.2005 in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“. Die Veranstaltung war einer der Höhepunkte des Begleitprogramms zur Sonderausstellung „Ein offenes Geheimnis – Post- und Telefonkontrolle in der DDR“. Nicht alle Gesprächspartner der Debatte, die von der freien Journalistin Annette Wilmes (Berlin) moderiert wurde, hielten jedoch die aktuelle Entwicklung der Sicherheitspolitik für bedenklich.

„Ein schwacher Staat kann seine Bürger nicht schützen“, argumentierte Rainer Griesbaum, Bundesanwalt beim Bundesberichtshof. Alle Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Bürger seien streng reglementiert und würden auch nur äußerst selten eingesetzt. 98 Prozent der Kritik an den Sicherheitspaketen hält er für Hysterie. Wer selbst schon einmal Opfer einer Straftat geworden sei, habe sicher eine positivere Einstellung zu präventiven Kontrollmaßnahmen, so Griesbaum. Dem widersprach Thilo Weichert, Landesbeauftragter für den Datenschutz in Schleswig-Holstein: „Ich war selbst schon Opfer von Straftaten und befürworte weder die Rasterfahndung, noch die Videoüberwachung, noch den Lauschangriff.“ Seiner Meinung nach bringen diese Maßnahmen eben nicht mehr Sicherheit, sondern tragen eher dazu bei, dass Menschen voreilend als Staatsfeinde eingestuft werden. Griesbaum wiederum erläuterte, dass er während seiner Arbeit durch Überwachung in Wohnungen und Fahrzeugen schon wichtige Erkenntnisse gewonnen habe, um eine Straftat zu vereiteln.

Martin Schultze-Giebler, Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium der Justiz beantwortete die Titelfrage der Diskussion differenzierter. In seiner Zeit als Richter am Landgericht Dresden hatte er zweimal über ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit zu urteilen: einmal wegen Hausfriedensbruch im Rahmen einer konspirativen Wohnungsdurchsuchung und einmal wegen des Öffnens von Briefen. Die Offiziere wollten ihm erklären, dass es sich beim MfS um einen ganz normalen Geheimdienst gehandelt

habe. Dieser Argumentation wollte Schultze-Griebler keinesfalls folgen, seien die genannten Delikte doch auch nach DDR-„Recht“ ganz klar strafbar gewesen. Dennoch hält er ein gewisses Maß an Kontrolle auch heute für nötig. „Es gibt keine Freiheit, ohne ein Mindestmaß an Sicherheit“, meinte er. Die Freiheit der Bürger könne nicht nur durch Sicherheitspakete beschnitten werden, sondern beispielsweise auch dann, wenn man nicht mehr auf die Straße gehen könne, ohne Angst vor einem Anschlag haben zu müssen. Schultze-Griebler kritisierte allerdings, dass Maßnahmen, die nach gewisser Zeit als zu weitreichend eingestuft würden, viel zu selten wieder aufgehoben würden.

Uwe Matthias, Leiter der Leipziger Kriminalpolizeiinspektion, erläuterte, in welchen Fällen moderne Überwachungsmaßnahmen sinnvoll seien: Internet-, Drogen- und organisierte Kriminalität könne man allein mit den klassischen Instrumentarien – etwa Zeugenaussagen – nicht bekämpfen. Erfolg bringe es beispielsweise erst, zusätzlich Telefone zu überwachen. Auch er warnte aber vor Hysterie: „Wir machen nicht immer gleich DNA.“

Wenn er dafür in Sicherheit leben könnte, werde er gern überwacht, meinte ein Zuhörer aus dem Publikum. Er habe ja nichts zu verbergen. Tilo Weichert hat allerdings die Erfahrung gemacht, dass selbst unbescholtene Menschen aufgrund präventiver Überwachung zu Staatsfeinden abgestempelt worden seien. Gisela Kallenbach warnte vor zu hohen Erwartungen an die Sicherheitspolitik: „Absolute Sicherheit gibt es nicht.“